

## Kultur und Politik – derselbe Kampf!?

von Dr. Oliver Scheytt

Wir leben gegenwärtig in einer politisch turbulenten Zeit. Die Ankündigung des Bundeskanzlers nach der Wahlniederlage für Rot-Grün am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen, im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen, um Neuwahlen im Herbst zu ermöglichen, hat eine Krisenstimmung ausgelöst. Diese Konstellation hat Probleme aufgedeckt, die von grundsätzlicherer Bedeutung sind als die Frage, wer die Bundestagswahl gewinnt. Es geht dabei um die Sorge, dass es den Parteien im demokratischen Staat immer weniger gelingt, aufgeklärte Willensbildung zu betreiben, eine zivile Streitkultur zu entwickeln und die Fähigkeit zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse glaubwürdig zu repräsentieren. Die Parteien selbst bieten Grund zu dieser Sorge, aber nicht nur sie. Zu sprechen wäre über die Verantwortung der Medien, über den Interessenegoismus von Verbänden, über die Rationalität des Regierungshandelns auf allen politischen Ebenen, über die Beteiligungsverantwortung der Bürger selbst – und über das Zusammenwirken dieser Akteure als Ausdruck einer politischen Kultur.

Was wir brauchen und immer wieder befördern müssen, ist die Einsicht, dass bei allem notwendigen Wettbewerb um Wählerstimmen und Reformkonzepte die gesellschaftspolitische Verantwortung aller und die Orientierung an demokratischen und sozialstaatlichen Grundsätzen nicht verloren geht. Selbstverständlich gilt dies auch für den Kulturbereich. Auch das meint die Formel »Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik«, für die wir als Kulturpolitische Gesellschaft eintreten. Im nordrhein-westfälischen Wahlkampf haben wir erlebt, dass Kultur als Thema kaum eine Rolle gespielt hat. Ist diese Tatsache so verwunderlich angesichts der Sorgen, die die Menschen heute bewegen? Aber ist es nicht auch so, dass die Bedeutung der Kultur und der kulturellen Bildung von den Parteien schlichtweg unterschätzt wird? Könnte eine informationengestützte Meinungs- und Willensbildung überhaupt stattfinden? Wird

sie angesichts der Aufgeregtheit der politischen Akteure und der Komplexität der Probleme im Bundestagswahlkampf stattfinden? Wir tun gut daran, uns darüber mehr Gedanken zu machen.

Der problematische Verlauf der großen Reformen auf Bundes – und auf europäischer Ebene – der Agenda 2010 und der europäischen Verfassung – sollten der »politischen Klasse« eine nachhaltige Lehre sein. Veränderungen dieses Ausmaßes sind im Top-down-Verfahren nicht zu realisieren, zumal dann nicht, wenn der politische Gegner sie torpediert. Namentlich das erweiterte Projekt Europa wird nicht gelingen, wenn dessen politische, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit nicht breit kommuniziert wird. Symbolische Aktionen wie die Erarbeitung einer Kulturcharta sind dafür nur von begrenzter Wirkung. Wenn die Menschen an die Erweiterung Europas denken, ist Kultur nicht ihre erste Sorge. Das mag uns als Kulturpolitiker nicht gefallen, trotzdem müssen wir es zur Kenntnis nehmen. Erst dann wird

Wenn die Menschen an die Erweiterung Europas denken, ist Kultur nicht ihre erste Sorge. Das mag uns als Kulturpolitiker nicht gefallen, trotzdem müssen wir es zur Kenntnis nehmen. Erst dann wird möglicherweise klarer, was kulturpolitisch zu tun ist, um der großen Idee Europa mit unseren beschränkten Mitteln eine neue Chance zu geben.

wird möglicherweise klarer, was kulturpolitisch zu tun ist, um der großen Idee Europa mit unseren beschränkten Mitteln eine neue Chance zu geben. Das Medium der Kultur spielt in diesen Prozessen noch eine viel zu geringe Rolle. Kulturpolitiker sollten sich stärker einmischen.

Voraussichtlich wird im September ein neuer Bundestag gewählt. Den Parteien bleibt wenig Zeit, sich darauf mit ausgefeilten Programmen vorzubereiten. Anders als bei den großen Reformthemen, die die Gesellschaft bewegen, gibt es in der Bundeskulturpolitik derzeit keinen großen Richtungstreit. Die Einrichtung eines Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag und einer Beauftragten für diese Bereiche im Bundeskanzleramt haben sich nach Auffassung aller Parteien bewährt. Es sind deutliche Fortschritte bei gesetzgeberischen Maßnahmen und beim konzeptionellen Zuschnitt der Förderungspolitik erzielt worden, der zukünftige Handlungsbedarf wird

derzeit von der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« beschrieben. Die großen Streitthemen »Entflechtung« und Fusion der Kulturstiftung des Bundes mit der Kulturstiftung der Länder sind derzeit in den Hintergrund getreten und eignen sich nicht für den Wahlkampf, weil die Konfliktlinie im wesentlichen zwischen Bund und Ländern verläuft. Worüber sollte also wählerwirksam gestritten werden?

Ist die Kultur deshalb als Thema belanglos geworden, weil sie kein Zankapfel der Parteien ist und weil die Wähler es in ihrer großen Mehrheit gar nicht verstehen würden, dass man sich gerade jetzt darüber ereifert? Ganz sicher nicht. Sie ist vielmehr gut beraten und gewinnt an Bedeutung, wenn sie sich aus diesem Kampf heraushält. Wo große Veränderungen nicht zu befürchten und die Weichen gut gestellt sind, bedarf es keiner hitzigen Debatten. Notwendig ist es vielmehr, zu gegebener Zeit Bilanz zu ziehen, den Reformbedarf festzustellen und die Umsetzungsoptionen zu diskutieren. Dabei sollte auch daran erinnert werden, welches Potential in der Kultur steckt, um Verständigung zu erzeugen, Freiheit zu erleben, Bildung zu vermitteln, Freizeit zu genießen – und vielleicht sogar neue Utopien für die Zukunft zu entwickeln. Wenn dies in gemeinsamer Anstrengung der Parteien, der politischen Institutionen, der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Kunst gelänge, wären der Kultur und der Politik ein größerer Dienst erwiesen worden als durch eine künstliche Dramatisierung nicht vorhandener Differenzen. Uns sollte dabei das Ringen um eine offene Gesellschaft einen, »in der das Individuum nicht nur als Arbeitskraft und Konsument« gesehen wird, wie es Wolfgang Thierse kürzlich treffend formuliert hat.

Die Kulturpolitische Gesellschaft will und wird sich an diesem Diskurs auch weiterhin beteiligen. Mit dem Kulturpolitischen Bundeskongress haben wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern ein wichtiges Forum geschaffen. In diesem Jahr ist »publikum.macht.kultur« das Thema. Es hat bereits so viel Interesse geweckt, dass unsere Aufnahmekapazitäten schon wieder nicht ausreichen. Ich sehe darin ein gutes Zeichen für die Bereitschaft, kulturpolitische Grundsatzfragen zu diskutieren. Das ist zwar keine hinreichende, aber eine notwendige Vorbedingung für die politische Kultur in unserem Land.

Der Autor ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.